

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Zur d. Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 5466. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1768. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Spaltenweise mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 47.

Dresden, Donnerstag den 27. Februar 1913.

24. Jahrg.

Die Tarifberatungen im Baugewerbe, die bis heute zu keinem Ergebnis führten, wurden auf den 9. März vertagt. Es wird gemeldet, daß sich die Kosten der neuen Rüstungen auf 220 Millionen belaufen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung bringt einen Artikel, aus dem hervorgeht, daß das Zentrum eine Reichstagsauflösung nicht herbeiführen will.

Nach einer Meldung des Rotin haben die österreichische wie die russische Regierung die unverzügliche Demobilisierung beschlossen.

Die Telegraphenarbeiter in Mailand sind in den Kasern getreten.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat den amendierten Plattenetat angenommen, der den Bau von einem Schlachtschiff, sechs Zerstörern und vier Unterseebooten vorsieht.

Europäische Anarchie.

Mit der Ueberlegenheit von Worten, die sich einbilden, in geordneten Staatswesen zu leben, hat das europäische Publikum dieser Tage wieder einmal auf Regio herabgesehen, auf diese Freiheitsstaaten, in dem eine Generalrevolution die andere jagt, eine Regierungsklasse die andere stürzt, in dem die staatliche Anarchie jahraus, jahrein das beherrschende Moment des öffentlichen Lebens bildet. Dagegen wir getrauen, zivilisierten Europäer!

Aber Europa hat keine Ursache, den mittelamerikanischen Raubstaat mit Verachtung zu mustern. Europa ist ein Mezzo in großen, ein Erdteil mit bombengefüllten Meerlagern, ein Kontinent, neben dessen grotesk-gigantischem internationalem Wirrwarr die mexikanischen Zustände fast ideal klar abstecken. Selten ist die Anarchie Europas schärfer jutage getreten, als mit dem schloßkopfgärtig wechselnden Situationen, die uns der Balkankrieg beibringt hat, und mit dem hundertmaligen Durcheinander von Rüstung und Abrüstung, in dem wir gegenwärtig stehen. Vorgehen noch sah es aus, als läme Europa um den gefährlichsten Frühjahrskrieg nicht herum, als wägen Oesterreich und Rußland im Anblick an den Balkankrieg um die Balkan-Vorherrschaft raufen und ihre Verbündeten in die Regel hineinzerrren — gestern ist von österreichischer Seite erklärt worden, daß demnächst eine allgemeine Entspannung der internationalen Lage eintreten werde und bereits schwirren Gerüchte von einer bevorstehenden russisch-österreichischen Demobilisation in den Frühlingstagen. Vor einigen Monaten noch schien es, als hätte die gütliche Schlichtung des Marokkoproblems eine legendäre deutsch-französische Annäherung angebahnt, während heute die deutsche Regierung mit Hinweis auf die westlichen und östlichen Nachbarn einen neuen Rüstungsrummel entfesselt und der französischen Regierung die Argumente liefert, einen 500-Millionenkredit für eine ungeheure Rüstungsvorlage zu fordern. Auf dem Balkan will werden, Oesterreich und Rußland prophezeien die allgemeine Demobilisation, über den Wirtschaftsmarkt geht für einen Moment ein befreiendes Aufatmen — da erzeugt ein schauwundliches Rüstungsgeleise jenseits wie diesseits der Regionen neue Weltkriegsgefahren.

Aber Deutschland und England? Die sind doch drauf und dran, eine Art Rüstungsvereinbarung einzugehen? Ja, wir werden sehen, wir werden hören und das übrige wird sich finden, würde Deismann-Hollweg vielleicht antworten. Denn vorläufig hat uns die internationale europäische Anarchie rals noch einen deutsch-englischen Invasionsrummel gebracht, mit dem den beiden Völkern Gelder für solche einen Invasionsraub ist einfach und hat nichts von der Undurchdringlichkeit jener Finsternis, in der sich die Regierungen zu verbergen belieben. Seit einiger Zeit fühlen einflussreiche Engländer einfach ihre Nachträge grausam gestört. Von scharsäugigen Personen an der Spitze werden geheimnissvoll in der Luft auftauchende und logisch wieder verschwindende Erscheinungen entdeckt. Ein Mensch hat die Hinmelserschneidung gesehen, und dieser weiß nicht recht, was er von ihr halten soll. Aber nachdem die Mär genügend lang von Mund zu Mund gewandert, ist jeder bereit zu schwören, daß es nichts anderes als ein deutsches Kriegsluftschiff sein konnte. Vom da bis zu einem luftmilitärischen Nege ist nur ein kleiner Schritt, und zweifellos als Vorbereitung zu einer Luftflottenvorlage unwillkürlich die Regierung, ganz unaufrichtig ein Gesetz, das die unwillkommenen geheimnissvollen Luftspäh mit Erschießung bedroht, im Parlament durchjudruden.

Vor einigen Tagen hatte die friedfertige und fleißige britische Insel wieder eine solche furchtbare Heimsuchung. Nachdem sich die Sensationpresse in ihrer Weise ausgelobt hat, steht die Daily Mail folgende staatsmännische Konsequenz: Der Ernst der Sach liegt darin, daß, wenn diese Fahrzeuge in Friedenszeiten über unserem Gebiete fliegen können, dann können sie es auch in Kriegszeiten, es sei denn, daß wir ähnliche Luftschiffe haben, um ihnen entgegenzutreten. ... Was wir brauchen, ist eine große W. S. S. für lenkbare Luftschiffe im Kommenen Etat, um Saragen zu bannen und britischen Fabrikanten Bestellungen für

Luftschiffe in großem Maßstabe zu geben. ... Unsere gegenwärtige Lage ist demütigend und gefährlich.

Der Daily Citizen, das Tagesblatt der britischen Arbeiterpartei, beruft den neuesten Invasionsalarm mit Randglossen, in denen auf den Grund des Värmens geseufet wird:

Die Deutschen bieten uns Trost! Ein Luftschiff, das diese Insel umzingeln befehlt, kann beschossen werden, wenn es nicht auf ein Signal herabsteigt. Und dennoch bieten die Deutschen uns Trost!

Rein amtliches Auge hat sie gesehen. Aber das unamtliche Auge, das sich zufällig draußen befindet, hat sie an der schiefen unerwarteten Orten beobachtet.

Es hat sie Freitag nacht gesehen. Sie wurden in Selbst, Port-Spize bemerkt, als sie in der Richtung nach Leeds flogen. Gleichzeit sah man sie von Leicester nach Birmingham fliegen. War es ein Luftschiff, das gleichzeitig an zwei Orten war, oder waren es zwei Luftschiffe, die durch eine fähne Vereinbarang in ein und demselben Augenblick erschienen?

Das Luftschiff wurde (an zwei Orten zugleich) Freitag nacht gesehen. Sonnabend nacht machte das neue deutsche Kriegsluftschiff Zeppelin, L. S. I. einen Flug von 13 Stunden. Das wird als ein außerordentliches Zusammenreffen bezeichnet. Außerordentlich. Bei einem Zusammenreffen macht ein Zug keinen Unterschied.

Aber wir haben es mit noch einem außerordentlicheren Zusammenreffen zu tun, nämlich dem, daß dieser Alarm gerade vor der Eindringung des Plattenetats passiert. Ist es nicht klar, daß die Deutschen alles mögliche tun wollen, um unsere Flottenrüstungen zu verzerren?

Nach ein Zusammenreffen. In Deutschland soll es 22 private Luftschiffe geben, von denen 8 inlande sind, die Korber zu zeugen und zurückzuführen. Ist es möglich, daß gewisse Leute, die etwa an dem Bau von Kriegsluftschiffen von fern her interessiert sind (durch ein zufälliges Zusammenreffen) gerade jetzt eine Vergnügungsreise auf einem Luftschiff arrangiert haben?

So wird England von Chauvinisten und Rüstungsinteressen in Invasionschreien versetzt und die Folgen sind nach alter Erfahrung: neue internationale Kerosität, neue Kriegsgefahren, neue Rüstungsstellen für die gequälten Völker.

Die Sozialdemokratie, die eine auf der Demokratie der Völker gegründete internationale Verständigung, internationale Schiedsgerichtswesen und allgemeine Abrüstung fordert, ist inmitten dieser europäischen Anarchie die einzige Ordnungspartei — so grotesk das für nationalitisch verarmte Köpfe auch klingen mag.

Zum englischen Luftschiffalarm.

Abn. 26. Februar. Ein längeres Berliner Telegramm der Adnischen Zeitung widerlegt die englischen Presse-meldungen über die nächtlichen Fahrten deutscher Luftschiffe nach England und führt aus:

Die Verteilung sämtlicher deutscher Luftschiffe ist in der breitesten Öffentlichkeit bekannt. Die Fahrten werden von der Presse vermerkt. Unmöglich kann ein Luftschiff nach England fahren und zurückkehren, ohne daß irgendein Mensch das richtige Hoheaus sieht, zumal es über die dichtbesiedelten Teile Europas fliegen müßte. Selbst im Winter reicht zu einer solchen Fahrt die Nachtzeit nicht aus, und selbst das schneulose Luftschiff, L. S. I. brauchte 12 Stunden Fahrt von Friedrichshafen zur Nordsee. Sollte ein Luftschiff wirklich in nachtslicher Stunde England einen heimlichen Besuch machen, so würde es sich doch, wie auf der Hand liegt, sehr hüben, irgendwelche Lichter zu zeigen. Es ist daher bauerlich, daß in England nicht von sachverständiger Seite oder von einer Regierungstelle aus, die die Tatsachen kennt, den Versuch gemacht wird, dieser üblichen Massen suggestion den Varaus zu machen.

Franreich, England, Deutschland.

gr. Paris, 26. Februar.

In der Zeitschrift Le Correspondant veröffentlicht Jacques Barouq einen Artikel, der den Desblättern reichlich Stoff liefern wird, um ihre gegen Deutschland gerichteten Wagnisse zu verhehlen. Barouq schildert die Art und Weise, wie Deutschland seit Jahren Versuche, England aus der Triple-Entente herauszubringen. Er behauptet, daß ein deutsches Komitee nach der europäischen Krise von 1905 gegründet wurde, das alle Selbstsonds zentralisierte, alle Initiativen kontrollierte, alle Manifestationen organisierte. Desehen und Neben, Versammlungen und Bankette, parlamentarische und Gemeinheitsdelegationen, Studenten-, Arbeiter-, Priester- und Journalistenreisen, die zur deutsch-englischen Annäherung beitragen sollten, all das sei von dem Zentralkomitee dirigiert worden, in dem Sir Ernest Cassel und Sir John Brunner, zwei englische Kapitalisten deutscher Herkunft, eine Hauptrolle spielten. Der deutsche Gesandte in London sei stets genau hüflich eingestiegen. Und das Berliner Auswärtige Amt habe es nie an guten Ratschlägen und aktiver Vertätigung fehlen lassen. Von 1905 bis 1913 seien sechs Versuche gemacht worden um eine Wanderrung der Stellung Englands in der Triple-Entente herbeizuführen. Zum ersten Male 1906 bis 1907, als Campbell Banmerman Ministerpräsident war. Zum zweiten Male 1907 bis 1908, als Wilhelm II. nach London reiste. Zum dritten Male 1908 bis 1909, als Lord George nach Berlin fuhr. Als vierten Fall bezeichnet Barouq die Vermählungen gewisser englischer Kräfte, den mit Amerika abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrag auf Europa auszuweihen; als fünften den von der Daily News gegen den englischen Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey, geführten Feldzug nach dem Sturz von Agadir — und als sechsten die im März 1912 erfolgte Welle des englischen Kriegsminister Lord Haldane nach Berlin. Gegenwärtig habe ein heftiger Versuch begonnen unter dem Schutz der deutschen Personen und Barouq spricht die Hoffnung aus, daß er ebenso mißlingen werde wie die früheren. Ein Teil der sozialistischen Presse Frankreichs hat nachdrücklich die Gelegenheit schmerzhaft bemerkt, um zu schreiben, daß sich aus alledem die Unmöglichkeit einer Rüstungsvereinbarung ergebe und daß vor allem Frank-

reich sich der englischen Freundschaft dadurch würdig zeigen müsse, daß es seine Arme vergrößere.

Die französisch-russische Kräfteanregung. Paris, 26. Februar. Mehrere Blätter berühren sich dem Handschreiben des Zaren an Poincaré und der Antwort des letzteren ganz besondere Bedeutung beizumessen. So schreibt der Temps: Niemand hat Kaiser Nikolaus so ungewöhnlich das Wesen des französisch-russischen Bündnisses gekennzeichnet. Niemand hat das französisch-russische Bündnis besser ausgedrückt, und man darf von seiner kraftvollen Reife bis besten Ergebnisse erwarten. Mit Rücksicht auf die politische Lage beträgt der Friedensstand der russischen Arme, die sonst 1 400 000 Mann stark ist, gegenwärtig 1 700 000 Mann. Die geplante Vermehrung des russischen Heeres verpflichtet Rußland ebenso wie Frankreich zu einer Kräfteanregung, zu der beide bereit sind. Wir wissen, daß unsere Verbündeten, die sich aber unsere ungefähre Unlöslichkeit zu dieser Kräfteanregung freuen, auch ihrerseits alles Nötigste tun werden.

Herr Paasche auf schiefer Ebene.

K. Kossandranke führt Herr Ges. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche, Mitglied der nationalliberalen Fraktion des Reichstags, in einem Artikel aus, der durch mehrere nationalliberale Blätter gebt. Angehen hat es um die Petroleummonopolvorlage, gegen die er in Reichstagsendramat sein will, weil ihre Verwirklichung, wie er zu meinen vorgibt, den Anfang vom Ende der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet. Besonders bedenklich erscheint ihm die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion an dem Zustandekommen des Reichsölgesetzes nach Kräften mitgearbeitet hat. Herr Paasche, der die sozialdemokratische Mitarbeit sonst nicht verpönt, wünscht den Einbruch zu vermeiden, daß er deshalb zu der Wahlung an die bürgerlichen Parteien gekommen sei, mit dem Petroleummonopol nicht die schiefe Ebene zu betreten, die zur Abschöpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen müsse. Recht behelfigend wirkt die Rolle, die Herr Paasche übernommen hat, wenn man sich erinnert, daß die Petroleummonopolvorlage angeregt wurde durch eine Resolution der nationalliberalen Partei, in der schon auf die Zweckmäßigkeit der Errichtung einer unter Aufsicht des Reiches stehenden Anstalt zum Vertrieb des Petroleums hingewiesen wurde. Auch in der Kommission hat die nationalliberale Partei den Änderungen der Petroleummonopolvorlage der Regierung zugestimmt, dieselbe nationalliberale Partei, zu deren hervorragenden Mitgliedern auch Herr Paasche gehört.

Was vor kurzem war Herr Paasche Aufsichtsrat des Celle-Wespe Akt.-Ges. für Erdölgewinnung. Daß es es nicht mehr ist, erklärt sich daraus, daß diese Gesellschaft von der Reichsstaatsbehörde der Celle-Wespe Akt.-Ges. aufgenommen wurde. Der Aufsichtsrat Generaldirektor der Erdöl-Akt.-Ges. ist, die im Mittelpunkt des Kampfes gegen das Petroleumhandelsmonopol steht. Mit seinen früheren Kollegen aus der Petroleumgesellschaft wird Herr Paasche gewiß noch Beziehungen aufrecht erhalten, er sieht die durch die Petroleummonopolvorlage berührten Interessen auch offensichtlich mit den Augen seiner Petroleumfreunde an, die nicht gewohnt sind, öffentlich von privaten und geschäftlichen Interessen zu untercheiden. Seit vielen Jahren entwickelt Herr Paasche eine starke Erwerbstätigkeit, er ist gegenwärtig Aufsichtsrat der Nationalbank für Deutschland, der Norddeutschen Leberpappenfabriken A.-G., der Deutsch-Schlesischen Kohlen- und Wästelwerke, und Wästelwerke Metallwaren- und Maschinenfabrik, der Rheinisch-Westfälischen Bergbau- und Industrie, der Kaiserlicher Zuckerraffinerie und der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Wechselfabrik vorm. Sinner.

Dieser betriebliche Herr Paasche vermeint nun den Windrad der von ihm gemalten Gefahren der Petroleummonopolvorlage durch den Hinweis zu versterken, daß der Vertreter des Reichsölgesetzstills in der Petroleummonopolvorlage der Regierungsrat Kestner ist, der auch ein Buch über den Organisationswandel der Unternehmensverbände geschrieben habe. Aus diesem Buche ergibt Herr Paasche, daß Regierungsrat Kestner meine, bei der Ueberführung der Kohlenzölchen in staatlichen Besitz könne man nachlässig unbedenklich im Wege der Enteignung vorgehen, daß die Aufhebung des Kohlenzölches zur Wiederherstellung der freien Konkurrenz in Eisen und Stahl in Betracht köme, und für Kali und Spiritus das System der staatlichen Mitwirkung und Preisfestsetzung weiter ausgebaut werden müsse. Daraus schließt er die Behauptung, Regierungsrat Kestner mache Vorschläge, deren Erfüllung die Sozialdemokratie nicht zu fordern wage. Gegen diese Umfälschung sozialdemokratischer Forderungen durch Herrn Paasche haben wir als Veranlassung zu protestieren, wenn das sozialistische Wirtschaftsprogramm nicht weiter ginge. Können wir uns schmeiß mit den Regierungen, sogar der preussischen, einigen, die bei allen möglichen Gelegenheiten, den Verhandlungen über das Salzgesetz, der Weisprechung über den Austritt des preussischen Fiskus aus dem Kohlenbündnis usw., die gleichen oder ähnlichen Auffassungen vertreten hat. Das nun auch von Herrn Paasche glitzern Kestnersche Buch beurteilt die Ansicht der Partei lebendig vom sozialistischen Standpunkte. es will die Politik jener Organisationen im Grunde nur dort deckeln wissen, wo sie den Staatsverwaltungen unangenehm wird. Der sich mit der Tragis der Karriere so beschäftigt hat, wie Regierungsrat Kestner, kennt die gemeingefährlichen Ausschreitungen der großen Kandidaten sicher genau, daß er sie verurteilen hat, ist dennemehd für seine Absichten, die auf eine Stärkung beherrschender Kräfte nicht aber auf eine Förderung demokratischer Wirtschaftspolitik hinauslaufen. Seine vielberühmten Reichsölgesetzstills sind Herr Paasche gewisse Kräfte in der Zurückhaltung in seinen Kräfte wenig aber gar kein Verständnis gezeigt. Doch noch schlimmer ist es, daß Herr Paasche das Empfinden für die nationalen Aufgaben der Wirtschaftsgesetzgebung verliert, er hätte sonst unendlich vor ein paar Monaten den Versuch unternommen, den Hinweis zu gründen, der das Wirtschaftliche und kulturelle so beherrschende Anwesen in Deutschland der Macht einiger Junker des Auslandes ausliefern würde.